

Kann so „der Sozialismus der Zukunft“ funktionsfähig werden?

- Zur Kritik an Eva Müllers Modell einer Planwirtschaft -

Karl Mai

Januar 2010

Eva Müller hatte in „Sozialismus“ (12/2009) eine analytische Einschätzung der Plan- und Bedarfsabstimmung in der DDR veröffentlicht, um daraus aktuelle Lehren als Wissenspotenzial für einen „zukünftigen Sozialismus“ abzuleiten. Dieses Anliegen setzt m. E. voraus, die zum Thema schon vorliegende Literatur erkennbar zu nutzen oder kritisch zu bewerten – eine leider vergebliche Erwartung. Ob Müllers Analyse widerspruchsfrei gelungen ist, soll dem Leser nun knapp verdeutlicht werden. Wir übergehen hier den eher politisch-moralisch zu interpretierenden Anfangsteil ihrer Ausführungen, um sogleich zum Kern der planungstechnischen Argumente von Eva Müller vorzustoßen, der relevante Aussagen zur praktikablen Lösung anbieten will.

1. Zum Problem „Deckung von Produktion und Bedarf“

Müller entwickelt für den „zukünftigen Sozialismus“ vereinfacht erscheinende Auffassungen zur Planung von Produktion und Bedarfsdeckung auf der Datengrundlage von „tagtäglicher Beweglichkeit, die den tagtäglichen Änderungen im Bedarf nach den einzelnen Produkten folgt.“ (S. 51) *Bewegliche Planproduktion erscheint ihr als Prozess mit Wahrscheinlichkeitscharakter zwecks unverbindlicher „Orientierung“ der Betriebe (anstelle von verbindlichen Plandirektiven und -vorgaben) - dies ist ihr Leitsatz zur täglichen Anpassung der Planung an die Bedarfsdeckung.*

Die so organisierte „Orientierung“ nach der flexiblen Bedarfsermittlung soll den produzierenden Einheiten immer die Bedarfsbefriedigung ermöglichen und damit die dem früheren Realsozialismus *immanenten* Widersprüche zwischen Bedarf und Plan minimieren. Müllers Modell suggeriert damit eine logische Umkehrung einer chronischen Mangelwirtschaft durch die Einführung einer bloßen Rahmenplanung für die weitgehend selbständigen Produktionseinheiten. Dies setzt jedoch voraus, dass die materiellen *Vorbedingungen* für die bedarfsgerechte Produktion stets relativ problemlos (über den Markt) verfügbar sind, also keine - wie im vergangenen Realsozialismus - laufenden elementaren Diskrepanzen im primären Verteilungs- und materiellen Zirkulationsprozess existieren.

Die Informations- und Entscheidungsverfahren eines derartigen „tagtäglichen“ flexiblen Anpassungsprozesses aller Produktionseinheiten bleiben jedoch bei Müller zu intransparent, unkonkret und damit problematisch. Die hierfür erforderliche Lösungsverfahren mit allgemeiner Praktikabilität waren offenbar im Realsozialismus unüblich. Zwar versichert Müller: „Würde man Erzeugnis- durch Verflechtungsbilanzen ersetzen, so könnte man auf einem einfacheren Weg die verschiedenen Wahrscheinlichkeiten für die Plandaten berücksichtigen, weil die moderne Rechentechnik eingesetzt werden kann.“ (S. 52) Hier wird ignoriert, dass ebensolche rechnergestützten „Verflechtungsbilanzen“ schon in der Plankommission der DDR jahrelang existierten und ständig deren Verfeinerung erfolgte, ohne dass dies faktisch zur Auflösung der ökonomischen materiellen Widersprüche und Diskrepanzen in der Wirtschaftspraxis der DDR bis zuletzt entscheidend beitrug.

2. Zum Wahrscheinlichkeitsfeld der Produktions- und Bedarfsgrößen

Offensichtlich fehlt bei Müller die logische Stringenz von Verflechtungsbilanzen mit dem Wahrscheinlichkeitsprinzip. Insbesondere erscheint mir die Orientierung auf laufend quantifizierbare Produktionsziele *ungelöst*, sofern man der Müllerschen These von den gesonderten „Wahrscheinlichkeiten“ bei Produktion und Bedarfsgröße (die stets unterschiedlich „kleiner als 1“ sind), für eine Bilanzierung von Produkten logisch nachgeht. Ein Algorithmus für die Festlegung solcher Wahrscheinlichkeitsgrade wird von Müller nicht beispielhaft umrissen oder entwickelt. Insofern hilft auch kein Verweis auf die enormen Berechnungsfähigkeiten der modernen Computertechnik weiter.

Hinzu kommt der sachliche *Widerspruch*, dass nach Müller innerhalb der Produktgruppen „zu Festpreisen“ zu bewerten ist, aber gleichzeitig gelten soll: „Die Produktion soll und kann sich zwar dem Bedarf anpassen. Bewegliche Preise können dabei helfen: Steigen die Preise, so wird der Bedarf mengenmäßig zurückgehen.“ (S. 51) Wenn Preisbeweglichkeit die entstehenden Diskrepanzen zwischen Produktion und Bedarf lösen sollen, dann ist die Forderung nach *Festpreisen* in den einzelnen Produktgruppen bei der „Orientierungsplanung“ zumindest unverständlich oder widersprüchlich.

Die Problemstellung führt u. a. zu der Frage, ob und warum eine preisliche *Variation* (im Aggregat der Produktgruppen) sinnvoll und notwendig ist, wenn die materiellen Bilanzen den physischen Ausdruck der Produktion darstellen sollen. Die Nutzung von „tagtäglich“ variablen Preisausdrücken erfordert hier die Marktfunktion der Wert- und

Geldform - ein für den „zukünftigen Sozialismus“ strittiges Theorie-Problem: Die Akzeptanz solcher preisförmigen „Orientierungen“ für die Produktionspraxis führt zur Frage der „sozialistischen Marktwirtschaft“ bei Preisspontaneität der unteren Produktionseinheiten.

Eva Müller übergeht, dass ein solches Konzept eine polemische Abgrenzung gegen die in der neueren Literatur diskutierten Auffassung einer „sozialistischen Austauschrelation“ mittels abstrakten *Arbeitszeiteinheiten* („Äquivalenzökonomie“) impliziert. Leider hat Müller die diesbezüglichen kritischen Argumente von *Klaus Steinitz* nicht aufgegriffen, so dass der Leser leicht ein unzureichendes oder schiefes Bild von der generellen Problematik gewinnen kann.¹

3. Problem „zeitliche Übereinstimmung“ von Produktion und Bedarf

Müller missachtet, dass die Abstimmungen zwischen Produktion und Bedarf im laufenden „Orientierungs“-Prozess nicht nur eine quantitative, sondern auch auf elementarer Stufe eine sehr wesentliche *zeitliche* Komponente haben müssen, weil jeder Bedarfsfall zu einem konkreten Zeitpunkt entsteht. Wie dies praktikabel auf betrieblicher Ebene zu vermitteln und zu lösen ist (und welche Rolle z. B. die Vorratshaltung, Reservebildung, Handels- und Transportorganisation sowie die Außenwirtschaft hierbei spielen), wird von Müller verschwiegen. Für die zeitliche Synchronisation hilft auch keine vermeintliche Wahrscheinlichkeitsfunktion weiter, selbst wenn sie konkret ermittelbar wäre. Zu beachten ist also, dass eine Aggregation der Produktgruppen nicht transformierbar ist zu der im Zeitverlauf variierenden „Bedarfsgröße nach Artikeln“, für die „rein orientierende“ Aggregate „Produktion und Bedarf“ letztendlich stehen.

Es fragt sich, welchen Nutzen diese Müllerschen flexiblen „Orientierungen“, die sich ohnehin laufend ändern, unter der Bezeichnung „Planung“ haben sollten: sie würden dem zeitlichen Missverhältnis zum objektiven Prozessverlauf auch nicht entkommen. Eine *zeitliche* Synchronisation von Bedarf und Aufkommen kann übrigens auch keine spezielle materielle Verflechtungsbilanz für ihre Produktgruppen leisten. Müller erklärt: „Volkseigene und genossenschaftliche Betriebe müssen ebenso viel Spielraum haben, sich diesen Änderungen anzupassen wie Privatbetriebe.“ (S. 51) Soll die Marktfunktion durch „unverbindliche Orientierung“ mittels Rechentechnik simuliert oder ersetzt werden, um solchen „Spielraum“ zu schaffen bzw. zuzulassen?

¹ Klaus Steinitz, „Das Scheitern des Realsozialismus“, VSA 2007, Kapitel 4

4. Problem „subjektive Preisbewertung“

Unklar bleibt die Basis für Preisvariabilität bei Eva Müller im „zukünftigen Sozialismus“, die bei ihr in keiner definierten Beziehung zur ökonomischen Theorie der Wert- und Preisbildung erscheint. Der subjektivistischen Willkür von Preisfestsetzungen je Produkt zwecks „Ausgleich von Angebot und Nachfrage“ im „tagtäglichen Bilanzierungsprozess“ ist Tür und Tor geöffnet, zumal man zur Einbeziehung einer mystisch postulierten Wahrscheinlichkeitsfunktion greift. So z. B. ist auch unklar, ob und wie die Aggregation des Bedarfs bei beweglichen Preisen je Artikel rein „orientierungsmäßig“ mit einer übergeordneten primären Verteilung der Einkommen in der ganzen Volkswirtschaft konkret abgestimmt werden sollte.

Damit tangiert die Fragestellung bei Müller die Grundfrage der Geldrechnung im „zukünftigen Sozialismus“, ohne selbst hierauf argumentativ näher einzugehen. Ein Widerspruch zwischen der Mengen- und der Geldrechnung bereits im Hinblick auf die Arbeitsbewertung wird so nicht sichtbar gemacht.

Der Widerspruch zwischen materiellem Wachstumsprozess und Entwicklung der betrieblichen Arbeitseinkommen wird dabei nach Müller (mittels „Diskussion“ zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften) nicht überzeugend lösbar. Ein solches basisdemokratisches Modell ist im Rahmen der jugoslawischen Variante der betrieblichen „sozialistischen Selbstverwaltung“ (im Gegensatz zur bürokratischen Zentralplanung) bereits zur Zeit vor 1989 ohne hinreichende Effizienz erschienen. Dies gilt insbesondere für die erforderlichen eigenen Investitionsleistungen in den Produktionseinheiten. Ganz zu schweigen davon, dass bei Müller die Rollen von moderner Kredit- und öffentlicher Finanzwirtschaft nicht erkennbar werden.

5. Zur Lösungsmethode von Widersprüchen

Müller entwickelt eine Sichtweise auf „unendlich viele“ innerer Widersprüche ökonomischer Art im zukünftigen Sozialismus, die „ausgetragen“ werden müssen, in dem sie „in der Öffentlichkeit diskutiert“ werden. (S. 49) Dabei bleibt offen, welche Arten von einzelnen Widersprüchen dem demokratischen Abstimmungsverfahren und welche der computertechnischen Bewältigung zuzuordnen wären.

Letztlich bleibt für den „zukünftigen Sozialismus“ auch zu bestimmen, wie hoch der

gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand für die Lösung oder Eingrenzung der ökonomischen Widersprüche sein darf, um Krisenerscheinungen wie im Kapitalismus zu vermeiden. Dahinter verbergen sich die Probleme der Bürokratisierung und der Transparenz, der Flexibilität und des abgestuften Demokratismus der „zahllosen alltäglichen Entscheidungen“.

Dabei übergeht Müller gänzlich, dass die moderne Wachstumseuphorie des Kapitals die spontanen materiellen und finanziellen Diskrepanzen im Wirtschaftsprozess weitgehend (insbesondere zu Lasten der breiten Bevölkerungsschichten) hinnimmt oder (staatlich organisiert) auflöst und die Entwicklungsdynamik auf Verlusten durch Marktkrisen geradezu basiert - Stichwort moderne „Enteignungsökonomie“. Dieser tief greifende Umverteilungsprozess über die Finanzmärkte stünde hinsichtlich seiner Begrenzung zunächst auf der Tagesordnung für die Linken, bevor eine Strategie für die „sozialistische Zukunft“ praktisch eingeleitet werden könnte.

6. Illusionärer „Übergang zum Sozialismus“?

Nunmehr zu Eva Müllers *Vision* einen *friedlichen* Übergang zum künftigen Sozialismus zu erreichen: Mit der Vergrößerung des staatlichen Eigentums in den kapitalistischen Konzernen und Banken solle schrittweise eine Mehrheit für das Staatseigentums hergestellt werden, die den gewünschten Übergang eigentumsrechtlich realisiert. „So entsteht ein neuer Weg zum Sozialismus ohne Revolution“, verkündet Müller. (S. 49) Die politische Umgestaltung zum Sozialismus folgt der friedlichen Verstaatlichung nach, sobald die Regierung politisch ihre Richtung grundsätzlich zu sozialistischen Intentionen ändert.

Diese Sichtweise wird auch von anderen Autoren so oder ähnlich vertreten, die einen demokratisch-parlamentarischen Weg zum zukünftigen Sozialismus unterstellen. Über die dazu erforderlichen realpolitischen Zwischenschritte kann derzeit nur spekuliert werden. Manche Autoren ignorieren die bestehenden oder absehbaren politischen und juristischen Machtverhältnisse. Auch Müller übergeht die Verbissenheit der kapitalistischen Eliten und deren politischen Lobby, ihre Privilegien und extrem hohen Einkommensbezüge (oder überproportionalen Vermögensverhältnisse) zu behaupten. Sie ignoriert m. E. auch die repressive Funktionsvielfalt im kapitalistischen Staat, einschließlich der keineswegs nur spekulativen geheimdienstlichen Unterwanderung der sozialen Oppositionsbewegungen bis hin zu deren Bedrohung durch geheime NATO-

Bürgerkriegsgarden.²

Innerhalb der funktionierenden konservativen Machtkreise können sich absehbar keine alternativen Kräfte konstituieren, die einen „nicht revolutionären“ Weg zur Neustrukturierung und Monopolisierung von dominierendem Staatseigentum realisieren, die also vom realen systemischen Profit- und Zinsmechanismus des Gesamtkapitals grundlegend abweichen könnten.

Der „Übergang“ zum künftigen Sozialismus erscheint bei Müller als national-staatlicher Prozess, der aus dem Rahmen der globalen Verflechtungen und globalen Machtstrukturen fällt und sogar die derzeitige staatliche Einbeziehung in die dominierenden EWU- Regelungen übergeht.

Damit gelangt Eva Müller zu einer *Vision* jenseits der gegenwärtigen politischen und sozialen Existenzbedingungen angesichts der viel zu schwachen antikapitalistischen bzw. sozialkritischen Massenbewegungen der Gegenwart.

Der aktuelle Denkanstoß von Müller sollte - ebenso wie andere bekannte konzeptionelle Differenzen in der Linken - unbedingt zu weiteren theoretischen Problemanalysen anregen.

² Siehe: Daniele Ganser, "NATO Geheimarmeen in Europa", füssli

